

Den Abschluß des Heftschwerpunktes bildet eine Arbeit von Andreas Schedler, in der versucht wird, die sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Anpassungspolitik in Mexiko 1982-88 auf der Grundlage der bis Mitte 1990 verfügbaren Daten möglichst detailgenau (wenn auch partiell) nachzuzeichnen.

Santiago de Chile, im November 1991

Andreas Schedler

Norbert Lechner

VON DER REVOLUTION ZUR DEMOKRATIE*

Zum Paradigmenwechsel in den lateinamerikanischen Sozialwissenschaften

Abstract

While during the 1960s the intellectual debate in Latin America centered on the paradigm of revolution, the central theme of the 1980s was political democracy (ch. 1). One of the main reasons for this profound normative and conceptual change was provided by the bureaucratic authoritarian regimes. The concrete experience of the repressive "Leviathan" led the left to revise its traditional statism and to assume the defense of liberal-democratic tradition (ch. 2). Furthermore and somewhat paradoxically, while forced into "survival strategies" in external or "internal" exile, latin-american social sciences experienced a creative period of internationalisation, professionalisation and intellectual opening (ch. 3). Its reappraisal of political democracy has been based on a "resignification" of politics. That implies a new emphasis on the democratic "logic of politics" opposed to the authoritarian "logic of war", a less instrumental and more pluralistic vision of politics, and a rediscovery of Civil Society (ch. 4). A key problem posed to democratic theory resides in the problematic of political and social "pacts". Among other difficulties, the "concertation" of the rules of the democratic game confronts the tension between form and content (pact and project) and between democratic reconstruction and democratic governability (ch. 5). The essay concludes with some observations on the latin-american "socialist debate", on the crisis of socialist projects and identities (ch. 6).

1. Einleitung

In den 60er Jahren war das zentrale Thema der politisch-intellektuellen Diskussion die *Revolution*. Die Lage Lateinamerikas, gekennzeichnet durch wirtschaftliche Stagnation im Rahmen einer traditionellen Sozialstruktur und gleichzeitig durch zunehmende politische Mobilisierung der Bevölkerung, wird als vorrevolutionäre Situation interpretiert. Man kontrastiert die raschen und radikalen Änderungen der kubanischen Revolution mit den Hindernissen, auf die die ökonomische Modernisierung stößt, konstatiert die Undurchführbarkeit des kapitalistischen Entwicklungsmodells in Lateinamerika und schließt daraus die „historische Notwendigkeit“ eines revolutionären Bruchs. Diese Sichtweise gewinnt dermaßen an Überzeugungskraft, daß sogar eine Partei der Mitte wie die Christdemokraten in Chile eine „Revolution in Freiheit“ vorschlägt. Die Revolution erscheint nicht nur als eine notwendige

* Die Übersetzung besorgte Andreas Schedler.

Strategie gegenüber einer dramatischen „Entwicklung der Unterentwicklung“ (Frank 1967), sondern auch als eine gesellschaftstheoretisch abgestützte Option (vgl. Cardoso/Weffort 1970). Die intellektuelle Diskussion dreht sich um „Situationen der Abhängigkeit“, sei es in historisch-strukturalistischen Deutungen des Imperialismus und der gesellschaftspolitischen Konstellationen in den verschiedenen Ländern (vgl. Cardoso/Faletto 1969), sei es in einer eher doktrinären Fassung, die „Sozialismus oder Faschismus“ (Dos Santos 1969) als die Alternative begreift, vor der die latein-amerikanischen Gesellschaften stehen.

War die Revolution der Kristallisationspunkt der lateinamerikanischen Diskussion der 60er Jahre, so ist das zentrale Thema der 80er die Demokratie. Wie schon zuvor wird die politische Mobilisierung stark durch die intellektuelle Diskussion genährt. Diese nimmt ihren Anfang — auf regionaler Ebene — mit der Konferenz über „die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie“, die im Jahr 1978 vom *Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales* (CLACSO) in Costa Rica organisiert wurde. Gino Germani trat dort zum letzten Mal öffentlich in Erscheinung, und für Raúl Alfonsín war es sein erster internationaler Auftritt.¹ Seitdem konzentriert sich alle Aufmerksamkeit auf die Transitionsprozesse, die graduell (Brasilien, Uruguay), beschleunigt (Argentinien) oder stagnierend (Chile) zur Einrichtung demokratischer Institutionen führen und damit die Probleme demokratischer Konsolidierung (Peru, Bolivien) in den Hintergrund drängen.² Nach der Erfahrung mit den autoritären Regimen erscheint die Demokratie mehr als Hoffnung denn als Problem. Damit stellt sich die Frage, ob die gegenwärtigen Demokratisierungstrends ein nur konjunkturelles „Klima“ sind oder der Beginn einer gesellschaftlichen Transformation.

Bevor ich den Verlauf der intellektuellen Debatte der letzten Jahre nachzeichne, möchte ich die Schwierigkeiten eines solchen Versuchs hervorheben. Unabhängig von persönlichen und nationalen Wahrnehmungsverzerrungen erweist es sich als schwierig, eine lateinamerikanische Diskussion zu rekonstruieren. Das verdankt sich zum einen der strukturellen Heterogenität oder, wenn man so will, dem Charakter *sui generis* der Region, die Konzepte, die in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften erarbeitet sind, zugleich erfordert und widerlegt. Neben den strukturellen Konzeptualisierungsproblemen bestehen historische Schwierigkeiten zu verallgemeinern; ein und dasselbe Phänomen (wie zum Beispiel die Demokratisierung) hat unterschiedliche Bedeutung in Venezuela, Peru oder Uruguay. Sowohl die Vielfältigkeit und Instabilität der gesellschaftlichen Prozesse als auch die verschiedenen geschichtlichen Erfahrungen schlagen sich in der intellektuellen Produktion nieder, die dazu tendiert, zerstreut und sprunghaft zu verlaufen. Und wenn wir dazu noch das Fehlen von gesellschaftstheoretischen Zeitschriften mit regionaler Reichweite berücksichtigen,³ ist es erstaunlich, daß man überhaupt von einer *lateinamerikanischen* Diskussion reden kann, wie es die Demokratisierungsdebatte, die sich in Brasilien und dem *Cono Sur* entfaltet hat, aufgrund ihrer Ausbreitung auch in die anderen Länder tatsächlich ist.⁴

2. Die Erfahrung des neuen Autoritarismus

Die demokratische Perspektive hat ihren Ursprung in der autoritären Erfahrung der 70er Jahre. Nach dem Militärputsch von 1973 in Chile gewinnen die vorherge-

henden Staatsstriche in Brasilien (1964) und Peru (1968) und die nachfolgenden in Uruguay (1973) und Argentinien (1976) eine gemeinsame Bedeutung. Ohne die besonderen Züge in jedem Land, besonders in Peru unter Velasco Alvarado (vgl. Pease 1977), zu ignorieren — der neue Autoritarismus konstituiert sich als eine geteilte Erfahrung: Erfahrung einer *systematischen* Gewalt, einer *programatisch* autoritären und exklusiven Ordnung.

Das Ziel der Staatsstriche ist nicht so sehr, eine bestimmte Regierung zu stürzen, als eine neue Ordnung zu gründen. Man sucht eine neue Normativität und Normalität mittels Verfahren durchzusetzen, die einer „Logik des Krieges“ eigen sind: die Vernichtung des Gegners und die Abschaffung der Unterschiede. Daher ein erstes Merkmal der Diskussion nach 1973: die *Anklage des Autoritarismus im Namen der Menschenrechte*. Die Intellektuellen verteidigen nicht ein Projekt, sondern kämpfen für das Recht auf Leben aller. Und die Menschenrechte sind auch das Anliegen, um das herum sich internationale Solidarität organisiert, die den Intellektuellen eine Präsenz über ihre Landesgrenzen hinaus verschafft.

Die intellektuelle *Kritik* beschwört nicht mehr die Zukunft (die Revolution) gegen die Vergangenheit (die Unterentwicklung). Im Gegenteil, sie übernimmt die Verteidigung einer Tradition gegen den gewaltsamen Bruch. Mit der Kritik setzt eine *Selbstkritik* am früheren revolutionären Protagonismus ein (deren bekannteste Verkörperung Régis Debray ist). Das führt sehr schnell zu einer grundlegenden Absage an die Guerillastrategie (vgl. Petkoff 1976). Der antiautoritäre Widerstand wird als ein politischer, nicht als ein militärischer Akt verstanden, womit ein entscheidender Umbruch in der lateinamerikanischen Linken erfolgt. Die große Lehre der Militärputsche ist, daß Sozialismus kein Staatsstreich sein kann — und darf (vgl. Weffort 1984).

Aber das Hauptanliegen der intellektuellen Diskussion dieser Jahre ist die *Analyse der Ursprünge und des Charakters der neuen autoritären Regime*. Sehr früh wird klar, daß es sich nicht um einen Faschismus handelt (vgl. Borón 1977), ein Begriff, der in den Bereich der politischen Agitation verwiesen wird. Seit dem grundlegenden Text von Guillermo O'Donnell (1976) über den bürokratisch-autoritären Staat wird der Staat zur verbindenden Achse der Sozialforschung in der ganzen Region. Sowohl die *Revista Mexicana de Sociología* (1/2 1977 und 3/4 1978) wie auch einige Anthologien (Malloy 1976; Collier 1979; Lechner 1981) bieten ein Panorama weitläufiger Produktion, zum Teil auf ausgezeichnetem Niveau.

Warum bricht die Beschäftigung mit dem Staat etwa 1981 ab? Eine kritische Bilanz der Debatte liegt nicht vor, was die geringe Selbstreflexion der Intellektuellen illustriert und die folgerichtigen Schwierigkeiten, intellektuelle Traditionen auszubilden. Möglicherweise erschöpft sich die Diskussion über den Staat in dem Maße, in dem sie (ähnlich wie zuvor die Untersuchungen zur *Dependencia*) einer „Mode“ gehorcht; der bürokratisch-autoritäre Staat ist eine „Neuigkeit“, die man zu berücksichtigen hat. Sobald er als konsolidiert erscheint und Dauerhaftigkeit gewinnt, sucht man die Neuerungen außerhalb von ihm, das heißt, die Veränderung des Status Quo. Das legt einen tieferen Grund für die plötzliche Verschiebung der Debatte nahe: die Kritik am autoritären Staat mündet in die Kritik der bis dahin gültigen etatistischen Vorstellung von Politik. Das Anliegen ökonomischer Entwicklung ging jeweils effektiv Hand in Hand mit einer Betonung des Staates als ihrem Hauptagenten; angesichts der unzureichenden oder klar falschen „bürgerlichen Demokratie“ wurde dem Staat die

Verantwortung zugeschrieben, die sozialen Probleme zu lösen. Besonders in der Linken dominierte die Hegelianische Idee vom Fortschritt des Staates als Entfaltung der Freiheit: mit einer Ausweitung staatlicher Eingriffe würden sich die Menschen aus ihren Bedingungen des Elends, in denen sie sich, entfremdet, befanden, emanzipieren. Diese kollektive Vorstellungswelt wurde durch die Allmacht und Allgegenwart der Militärdiktatur in Frage gestellt. In Lateinamerika ist der Leviathan, dem gegenüber man eine Stärkung der Zivilgesellschaft beschwört, der autoritäre Staat (und nicht ein keynesianischer Wohlfahrtsstaat). Auf diese Weise zwingt genau die Entwicklung des (autoritären) Staates dazu, die Formen, Politik zu machen, zu überdenken.

Die Reflexion über den Autoritarismus wird zum Teil in den Untersuchungen zum *neoliberalen Denken* fortgesetzt. Diesbezüglich ist ein wichtiges Element hervorzuheben. Trotz des starken Einflusses des Neoliberalismus und Neokonservatismus in den autoritären Regierungen, vor allem über ihr „Wirtschaftsmodell“, handelt es sich nicht um ein eigenständig lateinamerikanisches Gedankengut. Es sind Übersetzungen von Hayek, Huntington oder des *public choice* Ansatzes. Das verweist auf ein generelleres Phänomen: trotz des Gewichts der Rechten, der traditionellen oder der „neokapitalistischen“, existiert in der sozialen und politischen Geschichte der Region keine Intellektualität der Rechten. Es gibt vereinzelte Figuren, aber auch sie präsentieren kein starkes politisches Denken, in Auseinandersetzung mit dem die Linke ihre eigenen Positionen erarbeiten könnte (denken wir etwa an die Polemik zwischen Gramsci und Croce oder zwischen Habermas und Luhmann). Nachdem sie sich nicht einer liberal-konservativen Deutung der lateinamerikanischen Wirklichkeit entgegenstellen können, tendieren die Linksinтеллектуellen dazu, ihre Kritik anhand der europäischen oder nordamerikanischen Diskussion zu entwickeln, was ihre Anstrengungen, die gesellschaftliche Praxis in Lateinamerika theoretisch zu fassen, verzerren kann. Aber vor allem verdunkelt es die Auseinandersetzung um die Bestimmung der Bedeutung von Demokratie.

3. Das neue intellektuelle Umfeld

Die „institutionalisierte Gewalt“, die das universitäre Leben und die kulturellen Aktivitäten zerstörte, ist bekannt. Viele Intellektuelle mußten sich ins Exil flüchten, andere konnten in ihren Ländern bleiben und „informelle Zentren“ wissenschaftlicher Arbeit schaffen. Die eine wie die andere „Überlebensstrategie“ veränderte die intellektuelle Produktion. Ich werde vier Aspekte hervorheben, die die Neubewertung der Demokratie mitbeeinflussen.

- (1) Die Staatsstiche bedeuten eine dramatische *Veränderung des Alltagslebens*. Obschon kaum sichtbar hat diese Tatsache große Auswirkungen in einer eher elitistischen und elfenbeinernen Tradition von Intellektualität. Für viele Intellektuelle provozieren der Verlust der materiellen Sicherheit und die Erosion der Kriterien von Normalität eine Situation von (kognitiver und emotionaler) *Unsicherheit*, die nicht nur eine biografische Umkehr begünstigt, sondern gleichfalls die Wahrnehmung von gewöhnlich nicht bedachten Problemen wie zum Beispiel jene des Alltagslebens selbst. Aber darüber hinaus bringt die Unsicherheit eine andere

Konsequenz mit sich, die mir sehr bedeutsam scheint: sie fördert eine neue Wertschätzung formal-demokratischer Verfahren. Viele Intellektuelle hatten die „bürgerliche Demokratie“ als eine Illusion oder Manipulation wahrgenommen, als unfähig, den Imperativen der Entwicklung gerecht zu werden; die Diktatur belehrt sie des politischen Charakters der vorgeblich technischen Fragen.

Wenn es keine feststehende „Wahrheit“ gibt oder keine von allen anerkannten Gewohnheiten, dann wird unverzichtbar, „Spielregeln“ einzurichten, die erlauben, „vitale Interessen“ zu verteidigen und Vereinbarungen über strittige Auffassungen auszuhandeln. Die Neubewertung der zuvor kritisierten „formalen Demokratie“ nimmt ihren Ausgang also mehr von persönlichen Erfahrungen denn von theoretischer Reflexion. Und diese Erfahrung schlägt sich möglicherweise trotz ihres in erster Linie defensiven Charakters in der affektiven Verankerung nieder, die die Demokratisierung in der Linken haben wird.

- (2) Das Exil, aber auch die Arbeit in den nationalen privaten Zentren bringen eine bis dahin unbekannte *Internationalisierung* der Intellektuellen mit sich. Santiago de Chile bis 1973 und danach Mexiko-Stadt werden zu Zentren einer lateinamerikanischen Debatte. Es handelt sich nicht nur um eine durchs Exil erzwungene „Lateinamerikanisierung“. Mitte der 70er Jahre beginnen sich die regionalen Seminare und — auf Initiative von CLACSO — regionale Arbeitsgruppen zu multiplizieren und bilden so eine Art wandernder Universität, die die wohlbehüteten Klöster verdrängt. Diese Transnationalisierung reduziert den (oft durch einen unkritischen „Eurozentrismus“ ergänzten) Provinzialismus und erleichtert die Erneuerung des politischen Denkens in relativer Unabhängigkeit von den politischen Parteistrukturen in jedem Land. Mit der größeren Autonomie, die sie gegenüber den politischen Organisationen erlangt, vermag die intellektuelle Diskussion, eine universalistischere (weniger instrumentelle) Einstellung zur Politik zu entwickeln.
 - (3) Ein weiterer besonders bedeutsamer Aspekt für die Intellektuellen der Linken war die *intellektuelle Öffnung*. Die Militärputsche entmystifizieren den revolutionären Glauben und lassen einen dogmatisierten Marxismus zerbrechen (man erinnere sich an den Einfluß von Althusser und Poulantzas in den 60ern). Auf brutale und oft traumatische Weise tritt eine „Paradigmenkrise“ ein — allerdings mit einem wohlthätigen Effekt: der Ausweitung des kulturellen Horizonts und der Auseinandersetzung mit Werken, die davor verachtet oder ignoriert wurden. Es ist signifikativ, daß ein sozialistischer Verlag die politischen Schriften von Weber und Carl Schmitt übersetzt. Die massive Rezeption von Gramsci in der Mitte der 70er Jahre, später von Foucault, und das aktuelle Interesse für Habermas weisen auf einige der Haupttendenzen hin. Oft handelt es sich um „Modelektüren“ ohne eine kritische Aneignung der Ansätze. Heute herrscht ein gewisser Eklektizismus vor, in dem sich Elemente von Max Weber, Agnes Heller und Norberto Bobbio mischen können. Trotzdem halte ich das in dem Maße für eine gesunde Erscheinung, in dem sie bedeutet, daß man von der Exegese oder „Anwendung“ einer vorgefertigten Theorie abgeht, und versucht, einer bestimmten gesellschaftlichen Realität gerecht zu werden.
- Die Rolle des Marxismus müßte man in diesem Kontext sehen. Obwohl er im ökonomischen Denken („Strukturalismus“) und im soziologischen („Abhängig-

keit“) einflußreich war, erlangte er niemals massive Verankerung in der Region. In Ländern mit einer überwiegend agrarischen Struktur, gekennzeichnet durch die Welt der Hacienda, eine lange Geschichte des *Caudillismo* und der Staatsstiche und die immer wieder erneuerte Erfahrung des Imperialismus, macht der leninistische Ansatz mehr Sinn. Genau besehen handelt es sich allerdings um einen noch traditionellen Sinngehalt, insofern er auf eine verborgene Wahrheit verweist, die eine Revolution enthüllen und verwirklichen könnte. Heute erlaubt die komplexe soziale Differenzierung in Südamerika nicht mehr, den Kampf für Freiheit und Gleichheit in essentialistischen Termini zu begreifen. Selbstverständlich wird das Handbuch von Marta Harnecker (1968) weiterhin aufgelegt, aber der Gebrauch von Marx hat seine quasi-religiösen Konnotationen verloren. Im Fall von Südamerika (im Unterschied zu Mexiko und Zentralamerika) wäre es vielleicht richtiger, von einem Postmarxismus zu sprechen, zumindest in der intellektuellen Debatte. Die Kritiken von Laclau (1978) und Nun (1983) am Reduktionismus oder die historischen Analysen über das so genannte „einander Verfehlen (*desencuentro*)“ zwischen Lateinamerika und Marx“ (Arico 1980) und über die Wechselfälle des „lateinamerikanischen Marxismus“ (vgl. Arico 1978; Portantiero 1982; Moulian 1983) sind eine Art Abrechnung mit „den Marxismen“ und gleichzeitig Versuche, diese Tradition als *Ausgangspunkt* zu aktualisieren, um über die demokratische Umwandlung der Gesellschaft nachzudenken.

- (4) Ein vierter Punkt, der hervorzuheben ist, ist die zunehmende akademische *Professionalisierung* der Intellektuellen, sei es aufgrund der Ausweitung und Modernisierung der Universität (Brasilien), sei es, genau umgekehrt, infolge ihrer Verdrängung auf einen informellen, höchst kompetitiven Markt (private Forschungszentren). Beide Situationen beschleunigen Spezialisierungsprozesse, wodurch sich das traditionelle Bild des Intellektuellen als Schöpfer und Vermittler sozialen Sinns verwischt. Der Kritiker erlangt wieder Vorrang gegenüber dem Propheten, und das politische Engagement löst sich von der Mitgliedschaft in politischen Parteien.

Die Veränderung des intellektuellen Umfelds zusammenfassend möchte ich eine *neue Diskussionsdichte* betonen, die auf einem vermehrten innerregionalen Kontakt (vor allem im *Cono Sur*), einer höheren akademischen Diszipliniertheit und einer größeren politischen Verantwortlichkeit beruht. Trotz des oft unsteten Charakters der Forschungsarbeit ist das Wissen über die verschiedenen nationalen Realitäten heute sehr viel tiefer und ausgedehnter. Es mag paradox klingen, aber sogar unter so widrigen Umständen wie den chilenischen haben die Sozialwissenschaften im vergangenen Jahrzehnt ihre bisher größte Entwicklung erfahren, gemessen sowohl an thematischer Vielfalt und analytischem Reichtum wie auch in Termini von Produktivität (vgl. Portes 1984).

4. Die Alternative denken

Um 1980 herum und speziell mit Beginn der 1982 verschärften Wirtschaftskrise verlagert sich die Aufmerksamkeit vom Autoritarismus hin zur Demokratisierung. In der Auseinandersetzung über die demokratische Alternative stechen zwei Denkbe-

wegungen hervor, die eine Erneuerung des lateinamerikanischen politischen Denkens vorbereiten.

Zum einen: eine *Neubewertung der Politik*. Konfrontiert mit der Doktrin der Nationalen Sicherheit (vgl. Arriagada/Garretón 1978) und mit der Offensive der Neoliberalen und Neokonservativen entdeckt die Linke, daß die Bedeutung von Politik nicht eine einzige und eindeutige ist. Eine grundlegende Achse der politischen Auseinandersetzung ist genau die Auseinandersetzung darum zu definieren, was „Politik zu machen“ bedeutet (vgl. Lechner 1982). Über die Kritik der militärischen Doktrin und des neoliberalen Denkens gelangt die intellektuelle Debatte zu einer neuen Bedeutungszuschreibung von Politik. Ich möchte drei Charakteristika nennen.

- (1) Die Gegenüberstellung einer „politischen Logik“ gegen die „Logik der Kriege“. In allen Klassengesellschaften sind die sozialen Beziehungen konfliktuell; die Konflikte werden zu Kriegen, wenn das Leben — der Existenzgrund — eines Subjektes vom Tod des anderen abhängt. Wenn man die sozialen Trennlinien als einander ausschließende Alternativen interpretiert (Sozialismus oder Faschismus, Freiheit oder Kommunismus), reduzieren sich die Beziehungen auf eine einzige klassifikatorische Grenzziehung: Freund oder Feind. Die Logik der Politik hingegen zielt nicht auf die Vernichtung des Gegners, sondern, im Gegenteil, auf die wechselseitige Anerkennung der Subjekte untereinander.
- (2) Demokratische Politik läßt sich nicht ausgehend von der „nationalen Einheit“ oder irgendeiner vorsozialen Identität begreifen, sondern nur ausgehend von den bestehenden Unterschieden. Es geht, in den Worten von Hannah Arendt (1978), um Pluralität als menschliche Grundbedingung; im besonderen ist Pluralität *die* Bedingung allen politischen Lebens. Dieser Punkt, ebenso wie der vorige, führt zu einer Selbstkritik der traditionellen Problemsicht der Linken: der Klassenkampf kann weder als Krieg auf Leben oder Tod verstanden werden noch als Auseinandersetzung zwischen präkonstituierten Subjekten. Allein wenn man die Vorstellung einer wirtschaftlichen Determination der politisch-ideologischen Positionen aufgibt, wird möglich, das Politische zu denken (vgl. Laclau 1978). Eines der spezifischen Merkmale des Aufbaus einer demokratischen Ordnung ist genau die Herstellung einer Pluralität von Subjekten.
- (3) Eine selbstkritische Revision der Linken ergibt sich auch aus einem dritten Einwand gegen die autoritär-neoliberalen Konzeptionen: die instrumentalistische Einstellung zur Politik. Sowohl die marxistische Tradition als auch die Militärdoktrin und das neoliberale Denken teilen (mit unterschiedlichen Vorzeichen) das gleiche Deutungsschema: die Gegenwart als „Übergang“ zur Verwirklichung einer Utopie. Ob man die Zukunft als Markt oder als klassenlose Gesellschaft imaginiert, in beiden Fällen geht es um eine nachpolitische Ordnung. Und wenn man die „Abschaffung der Politik“ als ein machbares Ziel begreift, hat das gegenwärtige politische Handeln ausschließlich instrumentellen Charakter. Ein Vorschlag, um diesen Blickwinkel zu überwinden, zielt auf eine Neufassung des Begriffs der Utopie, als ein Bild der Fülle, unmöglich, aber unverzichtbar, um das Mögliche zu entdecken (vgl. Hinkelammert 1984).

Zum anderen: findet eine *Aufwertung der zivilen Gesellschaft* statt. In einigen Ländern, wie etwa Brasilien, spiegelt dies einen drastischen und erfolgreichen Modernisierungsprozeß wider (vgl. Almeyda/Sorj 1983). In anderen Ländern wie

Bolivien und Peru, aber auch in den relativ entwickelten Gesellschaften wie Argentinien, Chile und Uruguay handelt es sich, im Gegenteil, um eine tiefgreifende Besorgnis angesichts der gravierenden Verschlechterung der Lebensbedingungen. In beiden Fällen hat das Interesse an der Zivilgesellschaft eine klare politische Konnotation: die gesellschaftlichen Bedingungen der Demokratie. Auf diese Weise gelingt es, die Präferenz der ausländischen Fonds für empirische Analysen (Demografie, Grundbedürfnisse, Situation der Frauen oder der Jugend) zu „politisieren“, ohne in inakzeptable Einmischungen zu verfallen wie der berühmte Plan Camelot des CIA in den 60ern. Handle es sich um klassische Themen der lateinamerikanischen Soziologie (Sozialstruktur, ländliche Entwicklung, Gewerkschaften) oder um neue Themen (soziale und regionale Bewegungen, urbane Gewalt, Alltagskultur), die Ansätze betonen in der Regel die gewöhnlich ausgeblendeten politischen Aspekte des sozialen Prozesses. Diesbezüglich ist das Bemühen einiger der wichtigsten Zentren soziologischer Forschung, gesellschaftspolitische Zeitschriften für ein breites Publikum herauszugeben, von besonderer Bedeutung: zum Beispiel in Lima *Qué Hacer* und *Socialismo y Participación* seitens DESCO bzw. CEDEP; in São Paulo *Novos Estudos* und *Lua Nova* von CEBRAP und CEDEC; in Buenos Aires *Punto de Vista* und *La Ciudad Futura* vom Sozialistischen Club. Dieser Versuch, die intellektuelle Debatte zu vergesellschaften, bleibt prekär (ein durch die Krise beschränkter Markt); trotzdem zeigt er das Interesse der Intellektuellen, die Demokratisierung mit den konkreten Problemen der gewöhnlichen Leute zu verknüpfen. Das Anliegen, das soziale Gewebe zu rekonstruieren, ist selbstverständlich eine Antwort auf das Erbe der verheerenden Diktaturen, aber gleichzeitig ist es durch die neoliberalen Problemstellungen mitbeeinflusst. Indem die anti-etatistischen Einwände aufgenommen werden, wird der Boden für eine Überwindung der borbonischen (und napoleonischen) Staatstradition bereitet, die in der Region vorherrschte, obschon vielfach um den Preis eines naiven Liberalismus. Wenn man bedenkt, wie stark die Wurzeln des Autoritarismus und des Etatismus in den lateinamerikanischen Gesellschaften sind, ist das möglicherweise eine unvermeidbare Reaktion, um die Frage des Staates aus einer demokratischen Perspektive angehen zu können.

5. Die theoretische Demokratiediskussion

Es ist sinnvoll, zwischen Prozessen der demokratischen Transition und Prozessen der demokratischen Konsolidierung zu unterscheiden, die sich unterschiedlichen Problemprioritäten gegenüber sehen. Im ersten Fall (Chile) tendiert die Demokratiediskussion zu mehr Pragmatismus in ihrem Versuch, eine alternative Gesellschaftsordnung zur autoritären zu bestimmen und zu legitimieren. Die Schwierigkeit der theoretischen Reflexion liegt in der Tatsache, daß kein radikaler und umfassender Bruch zwischen Diktaturen und Demokratie stattfindet, sondern „Situationen der Begegnung“ (Delich 1982). Ist ein demokratisches Institutionengefüge einmal eingerichtet, wendet sich die Aufmerksamkeit konkreten Problemen zu, und die Debatte strukturiert sich entlang bereichsspezifischer Themen (Inflation und Arbeitslosigkeit, städtische Marginalität, Hochschulreform, usw.).

Ich werde mich auf die theoretische Revision der Demokratiefrage seitens der Linken beschränken und möchte, abgesehen von den zuvor erwähnten Punkten, die *Vereinbarung (pacto) über die „Spielregeln“* hervorheben.

Der Großteil der politisch intellektuellen Debatte kann innerhalb des „neo-kontraktualistischen“ Themenbereiches verortet werden. In erschütterten Gesellschaften, deren politische Geschichte durch katastrophische Pattsituationen und gegenseitige Vetos gekennzeichnet ist (Argentinien, Bolivien), durch starke ideologische Polarisierung (Chile, Peru) oder durch traditionelle Herrschaftsmechanismen (Brasilien, Kolumbien, Ecuador), stellen die Vertragsidee und die Strategien der Konzertierung bedeutsame Innovationen dar. Sie antworten — nach der Erfahrung der Unordnung unter den autoritären Regierungen — auf eine allgemeine Sehnsucht nach einem stabilen und partizipativen Institutionengefüge. Man erinnere sich an die Volksabstimmung von 1980 in Uruguay, die Massendemonstrationen von 1983 in Argentinien und 1984 in Brasilien.

Auf derart massivem Rückhalt aufliegend bringt der Begriff des Paktes konfus die Suche nach einer komplexen Übereinkunft zum Ausdruck, in der sich die Wiederherstellung der grundlegenden „Spielregeln“, die Aushandlung eines Zeitplans und einer minimalen Themenliste für die Transition sowie die Einrichtung von Mechanismen sozioökonomischer Konzertierung überlagern. Obwohl wir analytisch zwischen Verfassungspakt (und der respektiven Diskussion über die Gültigkeit einer Art von „Gesellschaftsvertrag“ heute), politischem Pakt für den demokratischen Übergang (wie die Mehrparteienabkommen in Argentinien und Uruguay oder die Demokratische Allianz in Brasilien) und sozialem Pakt im engeren Sinn (zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Staat) unterscheiden können, de facto verschränken sich die drei Ebenen in Transitionssituationen notwendigerweise.

Eine weitere Schwierigkeit, der sich die Paktdiskussion gegenüberstellt, liegt in der Spannung zwischen der Rekonstruktion des politischen Systems und den Imperativen der Regierbarkeit. Das Beispiel von Alfonsín veranschaulicht auf dramatische Weise, wie das Vorhaben, ein politisches System zu *konzertieren*, durch die Dringlichkeit zu *regieren* gestört oder sogar vereitelt werden kann. Das Thema der politischen Entscheidung verweist uns auf ein klassisches Problem der Demokratietheorie: die Beziehung zwischen Pluralität und kollektivem Willen. Aus diesem Blickwinkel läßt die lateinamerikanische Situation einige Probleme der Demokratie deutlicher hervortreten als in der europäischen Diskussion (vgl. Bobbio 1984 und 1985; Veca 1981).

In Lateinamerika kann sich die neue Wertschätzung der formalen Verfahren und Institutionen der Demokratie nicht auf etablierte Gewohnheiten und von allen anerkannte Normen stützen. Es geht nicht darum, regulative Normen wiederherzustellen, sondern darum, die für das politische Tun konstitutiven Normen zu kreieren: die Transition verlangt die Ausarbeitung einer neuen „Grammatik“ (vgl. De Ipola/Portantiero 1984). Das heißt, der Beginn des *demokratischen Spiels* und die Übereinkunft über die *Spielregeln* sind zwei (simultane) Seiten ein und desselben Prozesses.

Davon leiten sich drei Typen von Problemen ab. Eine erste Diskussionslinie bezieht sich auf die Verbindung zwischen institutionellen Formen und politischem Inhalt oder, um einen Ausdruck von Angel Flisfisch zu verwenden, zwischen Pakt und Projekt. Angesichts der Schwere der Wirtschaftskrise (Arbeitslosigkeit, Inflation, Auslandsverschuldung) tendiert die Linke dazu, dem Entwurf eines Entwicklungspro-

jektet Priorität zu verleihen, das in der Lage wäre, auf möglichst umfassende und rasche Weise die sozialen Forderungen zu befriedigen. Anzunehmen, die „Grundbedürfnisse“ seien objektive Daten, bedeutet jedoch, den technokratischen Ansatz der Militärregierungen zu wiederholen. Die Lösung der Krise ist als politischer Entscheidungsprozeß anzugehen. Und das setzt institutionelle Mechanismen zur Ausarbeitung von Optionen und zur Entscheidungsfindung voraus. Soll heißen: es gibt kein Projekt ohne Pakt. Die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Konstruktion eines demokratischen Systems müssen als gleichzeitige Prozesse analysiert werden.

In zweiter Linie ist nach der Verbindlichkeit der formalen Verfahren zu fragen. Die Gültigkeit eines „Vertrags“ verweist auf eine Normativität außerhalb desselben. Und in den lateinamerikanischen Ländern existiert nicht eine Grundnorm oder ein gesellschaftlicher Basiskonsens, worauf die allseitige Anerkennung der institutionellen Verfahren gründen könnte. In der Folge ist zusammen mit den Spielregeln jenes normative Fundament zu erarbeiten, durch das sie Sinn gewinnen.

Anders formuliert: wenn kein gemeinsames Einverständnis über die Bedeutung einer demokratischen Politik existiert, existiert kein Horizont von Möglichkeiten, der — von allen geteilt — das strategische Kalkül aller Teilnehmer begrenzt. Neu zu definieren ist das *Mögliche*, nicht als einseitige Perspektive eines jeden Akteurs, sondern als Gemeinschaftswerk (vgl. Flisfisch 1984; Landi 1985). Durch einen solchen kollektiven Rahmen von Möglichkeiten grenzt eine Gesellschaft ein, welche Strategien rational sind und welche Entscheidungen legitim.

Nun gut, wie aber das Kollektive begründen in Gesellschaften, die durch tiefgreifende strukturelle Heterogenität charakterisiert sind? Das führt uns zu einem dritten Problem. Man kann den Konsens über die „Spielregeln“ nicht als Vereinbarung zwischen *ex ante* konstituierten Subjekten begreifen. Im Unterschied zu Europa, wo die politischen Prozesse weit institutionalisierter ablaufen, ist in Lateinamerika die ständige Auflösung und Neubildung der politischen Identitäten sichtbar. Auch hier wirkt ein historisches Trägheitsmoment, aber genau in Krisensituationen tritt die Produktivität der Politik, im Sinne der Konstitution kollektiver Subjekte, voll zutage. Der Pakt wäre somit nicht den Subjekten äußerlich und nachfolgend, sondern die institutionelle Form, durch die und mit der sich die kollektiven Identitäten ausbilden. Daher scheint mir die liberale Vorstellung von der Demokratie als „politischem Markt“ inadäquat. Auch kann man die Demokratie nicht auf die bestehenden Verbände beschränken. Ein hervorstechendes Merkmal der Prozesse des demokratischen Übergangs scheint genau dieses zu sein: die Ordnung und die Subjekte formieren sich gemeinsam in ein und derselben Bewegung (vgl. Andrade 1982; Landis 1982).

Eben deshalb sind die Schwierigkeiten einer Demokratisierung in Lateinamerika offensichtlich: ist diese gegenseitige Anerkennung, über die sich politische Identitäten konstituieren, unter Bedingungen hoher sozialer Ungleichheit möglich? In den lateinamerikanischen Gesellschaften, vor allem in den Andenländern, bündeln sich die gesellschaftlichen (ökonomischen, kulturellen, ethnischen oder regionalen) Unterschiede zu Beziehungen der Ungleichheit, oder sie fügen sich nicht einmal zusammen und bleiben nebeneinander liegen wie „Inseln“ eines Archipels. In beiden Fällen handelt es sich nicht um einen Unterschied, der konstitutiv wäre für Pluralität. In der Folge pflegen sich die Konflikte mehr an Krieg als an Wettbewerbsbeziehungen anzunähern. Die „nationale Frage“ (Cotler 1978) bleibt weiterhin offen und auch,

konkreter, die Eingrenzung des politischen Raumes (vgl. Calderón 1982). Welche Gültigkeit kann in diesen Situationen die „Gemeinschaft der freien und gleichen Menschen“ als Symbolisierung „des Kollektiven“ haben? Über welche Instanzen können diese Gesellschaften sich wiedererkennen und als Kollektiv bestätigen? Die „klassische“ Instanz ist der Staat. Aber diese sieht sich durch den Zerfall des Autoritären Staates in Frage gestellt. Und andererseits verfügen wir nicht über eine Rekonzeptualisierung des Staates als Demokratischen Staat. Das scheint mir die wesentlichste Lücke in der Demokratisierungsdiskussion zu sein.

Die skizzierten Probleme können in einer Thematik resümiert werden, die — auf eine noch verdeckte Weise — die gegenwärtige Diskussion auf den Punkt bringt: *die Säkularisierung der Politik*. In einer Region, die so imprägniert ist von der Katholischen Kirche und der Volksreligiosität, ist es nicht leicht, auf das Vorhaben zu verzichten, durch Politik die Seele retten zu wollen. Das erklärt viele Züge der politischen Praxis in Lateinamerika. Nun braucht man aber nicht ins extreme Gegenteil zu verfallen: eine Art von Hypersäkularisierung, die Rationalität mit formaler Rationalität gleichsetzt. Was eine säkularisierte Politikkonzeption zu fordern scheint, ist der Verzicht auf Utopie als ein machbares Ziel, ohne deshalb die Utopie als Bezugspunkt aufzugeben, durch den wir das Reale begreifen und das Mögliche bestimmen. Damit stellt sich eine zentrale Aufgabe der Demokratisierung: eine Veränderung der politischen Kultur. Ihre Möglichkeiten und Tendenzen sind durch die Kriterien von Normalität und Selbstverständlichkeit konditioniert, die die gewöhnlichen Leute in ihrem Alltagsleben entwickeln. Es werden die konkreten Erfahrungen von Gewalt und Furcht, von Elend und Solidarität sein, die den Sinn der Demokratisierung und des Sozialismus bestimmen.

6. Die sozialistische Debatte

Und schließlich, was passierte mit der treibenden Idee der Revolution: dem Sozialismus? Auch in Südamerika leidet die Linke an einer *Krise ihres Projekts*. Für welche Veränderungen sich einsetzen? Wie sieht die mögliche und wünschbare Ordnung aus? Es scheint nicht übertrieben, von einer *Identitätskrise* zu sprechen. Was bedeutet Sozialismus heute in diesen Gesellschaften? Die Idee einer sozialistischen Gesellschaft scheint heute an Aktualität verloren zu haben. In einigen Ländern erscheint der Bezug auf den Sozialismus als ein nostalgischer Traum oder schlicht als altmodisch. In anderen Ländern, wo er historisch stärker verwurzelt war, höhlen sich die traditionellen Orientierungen aus und machen einer organisatorischen Aufsplitterung Platz. In diesem Kontext der Auflösung ist es zu einem guten Teil Verdienst der Linksintellektuellen, mit ihrem *von der Niederlage ausgehenden Denken*, die Demokratie als zentrale Aufgabe der Gesellschaft eingeführt zu haben. Der Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung wird als *demokratische Transformation der Gesellschaft* begriffen.

Die Hinwendung der intellektuellen Diskussion zur demokratischen Frage stellt eine wichtige Innovation dar in einer Linken, die traditionell mehr an sozioökonomischen Veränderungen interessiert war.⁵ Ein Prozeß der Erneuerung hat eingesetzt, dessen Ergebnisse aber noch nicht vorhersehbar sind. Aufgrund ihres eigenen

intellektuellen Charakters, der mehr zu Kritik und Zweifel neigt als zu Slogans, ist es der Diskussion gelungen, die geheiligten Überzeugungen in Frage zu stellen, jedoch ohne eine neue Konzeption zu erarbeiten. Wie verbinden sich Demokratie und Sozialismus? Zwei Beispiele illustrieren den schwierigen Verlauf einer Diskussion in der Mitte des Weges zwischen Orthodoxie und Erneuerung. Ein wichtiger Fall ist die privilegierte Stellung, die der Klassenkampf traditionell eingenommen hat. Das erneuernde Denken kritisiert die Konnotationen der leninistischen Interpretation (unversöhnlicher Antagonismus, die Arbeiterklasse als präkonstituiertes Subjekt, die Partei als Avantgarde, der revolutionäre Krieg) und geht vom Konzept des Klassenkampfes ab, ohne einen alternativen Ansatz zu präzisieren. Aber darüber hinausgehend tendiert dieses Denken, das in erster Linie um die Konzertierung einer viablen und stabilen Ordnung besorgt ist, dazu, den Konflikt selbst beiseitezuschieben. Die im Lichte der historischen Erfahrung richtige Betonung des Kompromisses läuft Gefahr, eine entpolitisierende „Neutralisierung“ der gesellschaftlichen Konflikte voranzutreiben und eine harmonische und folglich falsche Sicht der Demokratie zu schmieden.

Ein zweites Beispiel ist der Begriff des Sozialismus selbst. Auf diesen berufen sich hauptsächlich die orthodoxen Sektoren, die ihn weiterhin als eine „historische Notwendigkeit“ und als Konsequenz der Krise und des Zusammenbruchs des Kapitalismus begreifen. Die erneuernden Strömungen hingegen privilegieren die politische Demokratie, ohne eine ähnliche Kreativität darin zu zeigen, den Sozialismus neu zu denken. Allenfalls kündigt sich eine Perspektive an: der Sozialismus als Vertiefung der Demokratie (vgl. Moulian 1983; Weffort 1984). Diese Perspektive beseitigt die teleologischen und objektivistischen Konnotationen des orthodoxen Ansatzes, wirft jedoch eine andere Frage auf: wie ist die Priorität, die formalen Verfahren erteilt wird, mit der Verteidigung bestimmter Inhalte zu vereinbaren, die sich historisch auf die Überwindung wirtschaftlicher Ausbeutung und sozialer Ungleichheit beziehen? Diesbezüglich fällt die Abwesenheit von detaillierten Studien zur aktuellen Lage des Kapitalismus in Lateinamerika (einer „Kritik der politischen Ökonomie“) auf. Das könnte, zumindest teilweise, die Ratlosigkeit sozialistischer Gruppierungen angesichts scheinbar unausweichlicher Zwänge erklären (gibt es eine sozialistische Politik ökonomischer Austerität im Rahmen einer Demokratie?). Im Kern geht es darum, die soziale Basis für eine sozialistische Mehrheit zu redefinieren, oder anders gesagt, ein Projekt gesellschaftlicher Transformation zu entwerfen, mit dem sich breite Mehrheiten identifizieren können. Auf diesem Gebiet sind die Fortschritte minimal, und nicht einmal in Ländern mit einer starken Präsenz der Linken (Peru, Chile) kann man ernsthaft von einem sozialistischen Projekt sprechen.

Man darf annehmen, daß mit der Demokratisierung selbst das Thema des Sozialismus wieder auftauchen wird. Seine Aktualität läge allerdings nicht mehr in der revolutionären Schaffung des „neuen Menschen“ (Che Guevara) begründet, sondern in der Dynamik eines Subjektivierungsprozesses, der sich immer in der Spannung zwischen der Utopie einer vollen Subjektivität und den Möglichkeiten institutioneller Reform vollzieht.

ANMERKUNGEN

- ¹ Die Materialien wurden in den Nummern 1, 2 und 4 der Zeitschrift *Crítica & Utopía* (Buenos Aires) veröffentlicht.
- ² Zur Erinnerung: der Essay datiert im Original aus dem Jahr 1987 (d. Übers.).
- ³ Mit der teilweisen Ausnahme der *Revista Mexicana de Sociología*, von *Crítica & Utopía* und des *Pensamiento Iberoamericano*.
- ⁴ Ich beschränke meine Überlegungen auf den südamerikanischen Raum; um der intellektuellen Diskussion in Mexiko, Zentralamerika und der Karibik gerecht zu werden, müßten andere Erwägungen miteinbezogen werden.
- ⁵ Zwei Zeitschriften haben der Linken und der sozialistischen Debatte in der Region eine Sondernummer gewidmet: *Amérique latine* (Paris), No. 21/1985 und *Plural* (Rotterdam), No. 3/1984.

LITERATURHINWEISE

- Almeyda, María H./Sorj, B. (1983). *Sociedade e política no Brasil post-64*. São Paulo.
- Andrade, Régis (1982). *Sociedad, política, sujeto. Variaciones sobre un viejo tema*. In: *Crítica y Utopía* (Buenos Aires), No. 8.
- Arendt, Hannah (1978). *La condición humana*. Barcelona.
- Aricó, José (Hrsg.) (1978). *Mariátegui y los orígenes del marxismo latinoamericano*. Mexiko-Stadt.
- Aricó, José (1980). *Marx y América Latina*. Lima.
- Arriagada, Genaro/Garretón, Manuel Antonio (1978). *Doctrina de Seguridad Nacional y régimen militar*. In: *Estudios Sociales Centroamericanos* (Costa Rica), No. 21/21.
- Bobbio, Norberto (1985). *Il futuro della democrazia*. Turin.
- Bobbio, Norberto et al. (1984). *Crisis della democrazia e neo contrattualismo*. Rom.
- Borón, Atilio (1977). *El fascismo como categoría histórica. En torno al problema de las dictaduras en América Latina*. In: *Revista Mexicana de Sociología*, No. 2.
- Calderón, Fernando (1982). *La política en las calles*. Cochabamba.
- Cardoso, Fernando H./Faletto, Enzo (1969). *Dependencia y desarrollo en América Latina*. Mexiko-Stadt.
- Cardoso, Fernando H./Weffort, Francisco (Hrsg.) (1970). *América Latina: ensayos de interpretación sociológico-política*. Santiago.
- Collier, David (Hrsg.) (1979). *The New Authoritarianism in Latin America*. Princeton.
- Cotler, Julio (1978). *Clases, Estado y nación en el Perú*. Lima.
- De Ipola, Emilio/Portantiero, Juan Carlos (1984). *Crisis social y pacto democrático*. In: *Punto de Vista* (Buenos Aires), No. 21.
- Delich, Francisco (1982). *Teoría y práctica en situaciones de dictadura*. In: *Crítica y Utopía* (Buenos Aires), No. 8.
- Dos Santos, Theotonio (1969). *Socialismo o fascismo, dilema latinoamericano*. Santiago.
- Flisfis, Angel (1984). *Hacia un realismo político distinto*. Santiago: FLACSO.
- Frank, Andre Gunder (1967). *Capitalism and Underdevelopment in Latin America*. Monthly Review Press.
- Harnecker, Marta (1968). *Los conceptos fundamentales del materialismo histórico*. Mexiko-Stadt.
- Hinkelammert, Franz (1984). *Crítica de la razón utópica*. Costa Rica.
- Laclau, Ernesto (1978). *Política e ideología en la teoría marxista*. Madrid.
- Landi, Oscar (1982). *Crisis y lenguajes políticos*. Buenos Aires: CEDES.

Landi, Oscar (1985). El discurso sobre lo posible. Buenos Aires: CEDES.
 Lechner, Norbert (Hrsg.) (1981). Estado y política en América Latina. Mexiko-Stadt.
 Lechner, Norbert (Hrsg.) (1982). ¿Qué significa hacer política? Lima.
 Malloy, James (Hrsg.) (1976). Authoritarianism and corporatism in Latin America. Pittsburg.
 Moulian, Tomás (1983). Democracia y Socialismo en Chile. Santiago.
 Nun, José (1983). El otro reduccionismo. In: Zona Abierta, No. 28.
 ODonnell, Guillermo (1976). Reflexiones sobre las tendencias de cambio en el Estado Burocrático-Autoritario. Buenos Aires: CEDES.
 Pease, Henry (1977). El ocaso del poder oligárquico. Lima.
 Petkoff, Teodoro (1976). Proceso a la izquierda. Barcelona.
 Portantiero, Juan Carlos (1982). Socialismo y política en América Latina. In: Lechner 1982.
 Portes, Alejandro (1984). From Dependency to Redemocratization. New Themes in Latin American Sociology. In: Contemporary Sociology, Sep.
 Veca, Salvatore (1981). Identità e azione colectiva. In: Materiali Filosofici, No. 6.
 Weffort, Francisco (1984). ¿Por qué democracia? São Paulo

Norbert Lechner, Leopoldo Urrutia 1950, Nuñoa, Santiago de Chile

María Herminia Tavares de Almeida BRASILIEN: SOZIALE UND DEMOKRATISCHE REFORMEN IN ZEITEN DER KRISE*

Abstract

In Brazilian society, both within Civil Society as within the political elite, a growing consensus has cristalyzed about the need to implement structural social and democratic reforms. Nevertheless, however, it has not been possible yet to translate this reform consensus into stable reform coalitions and tangible reform politics (ch. 1). The presented article analyses some reasons for the near-impossibility to design and realize reform politics in the prevailing context of profound economic crisis. It discusses some of the political consequences of the inflationary crisis that systematically interfere with reformative efforts: the centralization of governmental decision making; the recourse to technocratic-authoritarian policy styles, the personalization of politics; the progressive loss of macroeconomic control and the erosion of presidential authority, giving rise to a crisis of democratic governability (ch. 2). The transition from authoritarian rule was managed under the implicit assumption that the institutional structure of state were socially and politically „neutral“. Experience has shown the erroneous simplicity of this belief. Consequently, the democratic reform of the state could constitute one central theme of social democratic reform movements in Latin America (ch. 3).

I. Ein Reformkonsens ohne Reformen

Die Diskussion über die Durchführbarkeit von Reformpolitiken sozialdemokratischer Prägung in Brasilien steht einem Paradox gegenüber: es gibt viele Reformer, aber keine Reformen.

In der brasilianischen Gesellschaft besteht der generelle Wunsch nach Reformen, die eine Konsolidierung und Ausweitung der Demokratie und eine Verbesserung des sozialen Wohlfahrtsniveaus miteinander verbänden.¹ Zugleich hat es in der politischen Elite noch nie so viele erklärte Sozialdemokraten und Reformer gegeben. Mindestens vier Parteien verstehen sich als Fahnenträger irgendeiner Variante des demokratischen Sozialismus: die Partei der Brasilianischen Sozialdemokratie (PSDB), die Arbeiterpartei (PT), die Demokratische Labourpartei (PDT) und die kleine Sozialistische Partei Brasiliens (PSB). In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von 1989 erreichten diese Parteien zusammengenommen 43.4% der abgegebenen Stimmen. Daneben kontrollieren sie seit den Parlamentswahlen von 1986 etwa 24% der Sitze im Abgeordnetenhaus und 27% der Senatssitze.

* Übersetzung von Andreas Schedler